



**Niederschrift**  
**zur 1. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des**  
**Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der**  
**Stadt Zossen**

**Sitzungstermin:** Montag, den 18.01.2010  
**Sitzungsbeginn:** 19:03 Uhr  
**Sitzungsende:** 21:05 Uhr  
**Ort, Raum:** Rathaus der Stadt Zossen, Konferenzraum im Erdgeschoss,  
Marktplatz 20 in 15806 Zossen

**Anwesend sind:**

**Ausschussvorsitzender**

Herr Sven Baranowski

**Ausschussmitglieder**

Herr Ralf Markwardt

Frau Petra Miersch

Herr Dr. Rainer Reinecke

**sachkundige Einwohner**

Herr Thomas Blanke

Herr Joachim Büder

Herr Detlef Klucke

**Amtsleiter Rechts- und Personalamt**

Herr Raimund Kramer

**Protokollantin**

Frau Carmen Schulze

**Gäste**

Herr Carsten Preuß

Stadtverordneter

**Es fehlen:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Peter Hummer

entschuldigt

Herr Rolf von Lützwow

entschuldigt

**sachkundige Einwohner**

Frau Kerstin Lindstedt

entschuldigt

Frau Ulrike Nowy

**zu 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Der Ausschuss wurde um 19:03 Uhr durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Baranowski, eröffnet.

**zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Von den sechs geladenen Ausschussmitgliedern waren 4 Mitglieder anwesend. Damit war der Ausschuss beschlussfähig.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Es gab keine Ergänzungen zur Tagesordnung. Damit wurde die Tagesordnung angenommen.

**zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 23.11.2009**

Herr Baranowski fragte nach, ob es Einwendungen zur der Niederschrift vom 23.11.2009 gibt. Es gab keine Einwendungen. Damit wurde die Niederschrift angenommen.

**zu 5 Bericht aus der Verwaltung**

Durch die Verwaltung wurden mündlich alle Anfragen aus der letzten RSO-Sitzung wie folgt beantwortet.

**Plakatierung:**

Plakat wurde entfernt, nachdem Rechtsgrundlage erfolgte; Ersatzvornahme wurde vorgenommen.

Herr Blanke nahm ab 19:10 Uhr an der Sitzung teil.

**Alter Gehweg am Friefhofweg/Kleinstückenweg in Zossen:**

Nachdem Herr Kramer mitteilte, dass eine Herstellung es alten Gehweges nicht erfolgt, informierte Frau Miersch, dass dieser Gehweg ein Schulweg ist. Der Sachverhalt wird zuständigkeitshalber zur Prüfung und Klärung an Herrn Gohde und Frau Klähn weitergeleitet.

Weiterhin informierte Herr Kramer wie folgt:

**Winterdienst:**

Eine ausführliche Beantwortung erfolgt im Bericht der Verwaltung zur Stadtverordnetenversammlung am 20.01.2009.

**Stand zum Mediationsverfahren:**

Das Gericht Potsdam schlug Frau Prof. Dr. Mickley als Mediatorin vor.

**zu 6 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder**

Herr Preuß: Stand Verfahren KMS (Trink-/Abwasser)?

Am 01.03.2009 wird Herr Kramer über den Sachverhalt berichten, da der Gerichtstermin in Potsdam erst im Februar 2010 stattfindet.

Herr Preuß: Stand Klage ILB – Nichtförderung/Rückbau Wünsdorf?

Muss eine Neubewertung des Prozessrisikos erfolgen? Es wird ein hohes Prozessrisiko entstehen, falls die Fördersumme wegen Kitaneubau nicht gezahlt wird.

Herr Kramer wird den Sachverhalt an Frau Schreiber weiterleiten – ein Bericht von der Verwaltung zum weiteren Procedere erfolgt ggf. in der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Es gab keine weiteren Anfragen und Mitteilungen.

**zu 7        Einwohnerfragestunde**

- keine

**zu 8        Beratung zur Straßenreinigungssatzung**

Das Schreiben von Herrn Kramer vom 05.01.2010 bezüglich der Erarbeitung einer Beschlussvorlage zur neuen Straßenreinigungssatzung – Beratung des Ausschusses RSO – lag den Ausschussmitgliedern schriftlich vor.

Herr Kramer fasste noch einmal ausführlich die aktuelle Situation zum Winterdienst zusammen. Der Außendienst des Ordnungsamtes hat keine Handhabe bei Bürgern und Anliegern ordnungsrechtlich einzugreifen. Die Verkehrssicherungspflicht der Eigentümer ist zwar gegeben, löse aber das Problem nicht.

Folgende Einarbeitungen bzw. Vorschläge sollten z. B. im neuen Entwurf der Straßenreinigungssatzung berücksichtigt werden:

- Die Bürgerpflicht sollte bestehen bleiben, Verkehrssicherungspflicht sollte durch die Stadt erfolgen.
- Die Frage der Kalkulation und Bürgerfreundlichkeit muss berücksichtigt werden.
- Die Straßenverzeichnis sollte beibehalten werden (Verschlankung wird empfohlen).
- Evt. Erarbeitung eines Bonussystems.
- Erarbeitung eines Optionsmodells (z. B. Befreiung – wer kehrt, wer nicht, wer wird bekehrt).

Nach kontroverser Diskussion wird folgender Arbeitsauftrag des RSO zur Prüfung an die Verwaltung übergeben. Eine Auswertung erfolgt zur nächsten RSO-Sitzung:

- Gehwege, Radwege – Straßenreinigung durch Anlieger
- Straßen in Ortsteilen – Straßenreinigung durch Anlieger mit Ausnahmen

**zu 9        Beratung zum Verfahren Dienstaufsichtsbeschwerden**

Herr Kramer bezog sich auf den Bescheid der Kommunalaufsicht vom 04.01.2010 zum Verfahren von Dienstaufsichtsbeschwerden. Es sollte geklärt werden, wie mit dem Bescheid umgegangen werden soll.

Es wurde folgender Arbeitsauftrag des RSO zu Protokoll gegeben:

Die Verwaltung bereitet eine neue Beschlussvorlage unter Beachtung der Rechtsfassung der Kommunalaufsicht zum Verfahren der Dienstaufsichtsbeschwerden zur Wiedervorlage zur nächsten RSO-Sitzung am 01.03.2009 vor.

- Aufhebung der Beschlussvorlage vom 28.09.2009 in der Stadtverordnetenversammlung – Vorschlag der Bürgermeisterin zum weiteren Vorgehen der Dienstaufsichtsbeschwerden
- neuer interner Verfahrensvorschlag

**zu 10      Beratung zum Verfahren bei Petitionen**

Herr Kramer bezog sich auf die Beschlussvorlage vom 28.09.2009 der Stadtverordnetenversammlung.

Es wurde folgender Arbeitsauftrag des RSO zu Protokoll gegeben:

- Das Verfahren der Stadtverordnetenversammlung vom 28.09.2009 - Vorschlag der Bürgermeisterin zum weiteren Vorgehen mit Petitionen soll erfolgen wie

vorgeschlagen, jedoch mit Maßgabe der Zuleitung Vorprüfung durch den  
Hauptausschuss.

Herr Baranowski beendete um 20:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Sven Baranowski  
Ausschussvorsitzender

Carmen Schulze  
Protokollantin